

Die Fraktionen und –gruppe von CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Hagen Aktiv & FDP

Ratsfraktionen . Rathausstraße 11 . 58095 Hagen

Herrn Oberbürgermeister

Erik O. Schulz

- im Hause

Dokument: 2020_02_04_gemantrag_hfa_doktorwho.docx

26.01.2021

Antrag für die Sitzung des HFA am 04.02.2021

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schulz,

gemäß § 6 Absatz 1 der GeschO des Rates vom 08.05.2008 in der Fassung des V. Nachtrages vom 15. Dezember 2016 beantragen wir für die Sitzung des HFA den Tagesordnungspunkt

Erweitertes Führungszeugnis für beauftragte Dritte

und stellen dazu den folgenden **Antrag**:

Die Verwaltung wird beauftragt, ...

- 1. ... darzustellen, in welchen Funktionen der Hochstapler Dienstleistung im Namen des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) für die Stadt Hagen erbracht hat.***
- 2. ... darzustellen, ob der Stadt Hagen oder Dritten ein messbarer Schaden entstanden ist.***
- 3. ... darzustellen, welche Maßnahmen die Stadtverwaltung unmittelbar ergriffen hat, als der Betrug bekannt wurde.***
- 4. ... beim Deutschen Roten Kreuz in Erfahrung zu bringen, warum auf die Einholung eines erweiterten Führungszeugnisses verzichtet wurde.***
- 5. ... Ideen zu entwickeln, wie bei der Beauftragung Dritte künftig solche Probleme vermieden werden können und nach Möglichkeit ohne großen Verwaltungsaufwand sichergestellt werden kann, dass alle Auftragnehmer der Stadt, die sensitive oder kritische Funktionen im Auftrag der Stadt erfüllen, ein erweitertes Führungszeugnis für jeden Tätigen einholen.***
- 6. ... darzustellen, ob und wie bestehende Verträge im Rahmen anstehender Erneuerungen um entsprechende Klauseln erweitert werden können, falls nicht schon entsprechende gesetzliche Regelungen dies ohnehin erfordern.***
- 7. ... Dienstleister von öffentlichen Ausschreibungen (befristet oder auf Dauer) auszuschließen, die gegen diese Auflage der Stadt verstoßen.***

Begründung:

Das international anerkannte Deutsche Rote Kreuz (DRK) genießt als Einrichtung ein sehr hohes Maß an Vertrauen bei Verwaltungen und politischen Institutionen. Dieses Vertrauen ist die Grundlage für eine Zusammenarbeit. Doch auch große und angesehene Institutionen sind nicht vor Menschen mit hoher krimineller Energie gefeit, wie das Hagener Beispiel zeigt.

Die Antragsteller sehen in der Hilfsorganisation auch weiterhin einen wichtigen und kompetenten Partner bei der Bewältigung von Notlagen und Krisen. Die Antragsteller erwarten aber auch, dass nun von Seiten des DRK alles unternommen wird, den Fehler intern aufzuklären. Darüber erwarten die Antragsteller, dass das DRK mögliche Schäden unverzüglich und anstandslos ausgleicht.

Um solche Vorgänge künftig weitgehend zu verhindern, fordern die Antragsteller eine sukzessive Überarbeitung aller Dienstleistungsverträge der Stadt, soweit dies erforderlich sein sollte. Ziel muss sein, dass alle Funktionsträger, die wichtige Entscheidungen im Auftrag der Stadt treffen, Verantwortung über nennenswerte finanzielle Ressourcen tragen oder für das Wohl oder die Sicherheit von vulnerablen Gruppen Verantwortung tragen, ein erweitertes Führungszeugnis gegenüber dem von der Stadt beauftragten Dienstleister vorlegen müssen.

Das erweiterte Führungszeugnis hat den Vorteil, dass es von einem Bewerber nicht manipuliert werden kann, da es dem künftigen Arbeitgeber direkt vom Bundesamt für Justiz zugesandt wird.

Es kann aber nicht Aufgabe der Stadtverwaltung sein, das im Detail zu überprüfen. Sie sollte deshalb vertraglich sicherstellen, dass die Auftragnehmer der Stadt diese Arbeit zuverlässig leisten.

Mit freundlichen Grüßen verbleiben

Jörg Klepper
Fraktionsvorsitzender
CDU-Ratsfraktion

Nicole Pfefferer
Fraktionssprecherin
Bündnis 90/
Die Grünen

Dr. Josef Bücker
Fraktionsvorsitzender
Hagen Aktiv

Claus Thielmann
Gruppenvorsitzender
FDP-Fraktion